

# Möglichkeiten einer deutsch-französischen Außenpolitik

» In diesem Beitrag von 1968 stellen deutsche und französische Autoren unterschiedliche außenpolitische Themen in den Fokus. Ihre Beiträge lenken den Blick auf die vielen Herausforderungen an eine europäische Außenpolitik.

Die folgenden Seiten enthalten einen bescheidenen Beitrag zu dieser Aufgabe. Je ein französischer und deutscher Mitarbeiter nimmt darin zu den vier großen außenpolitischen Sektoren der europäischen Staaten Stellung: Europa, Amerika, Osten und Dritte Welt. Die einzelnen Artikel wurden völlig unabhängig voneinander geschrieben. Es handelt sich nicht um einen organisierten Meinungsaustausch, sondern um die spontane Darlegung persönlicher Thesen, die selbstverständlich keinen Anspruch darauf erheben, repräsentativ zu sein. (...)

Auf der französischen Seite überwiegen die Politiker, auf der deutschen die Journalisten. (...)

Es ist erforderlich, durch freie Meinungsäußerungen eine Diskussion auszulösen. An ihr sollten sich nicht zuletzt unsere Leser beteiligen. Michel Habib-Deloncle, Pierre Abelin und Jean de Broglie sind ehemalige französische Minister und wurden erneut im Juni 1968 in die französische Nationalversammlung gewählt als Abgeordnete der Gaullistischen Bewegung, der Demokratischen Mitte und der Unabhängigen Republikaner. Paul Borcier ist Beamter einer internationalen Organisation.

Auf der deutschen Seite wirken Franz-Josef Neuss, Theo M. Loch und Dieter Cycon als außenpolitische Kommentatoren an Zeitungen und Rundfunksendern. Franz Ansprenger ist als Spezialist für afrikanische Fragen am Otto-Suhr-Institut in Berlin tätig.

## Europa

### Frankreich

Der deutsch-französische Vertrag setzte nicht nur einem Zeitalter von Gegensätzen und wilden Feindlichkeiten ein Ende, sondern wies beide Länder auch auf die Notwendigkeit hin, sich zu verstehen, sofern sie für die Zukunft Europas garantieren wollten. Das bedeutet nicht, daß sie hierfür allein die Verantwortung übernehmen, als handele es sich um ein Kondominium, aber damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß sie durch ihre geographische Lage, Vergangenheit, Macht

und augenblicklichen Reichtum zu unbedingt erforderlichen Pfeilern jeder europäischen Gemeinschaft geworden sind. Beide getrennt zu sehen, heißt, daß es nicht zu einem Europa kommt, aber bei einer Vereinigung bestehen große Chancen, daß das große Werk befriedigend voranschreitet.

Gewiß können die Ansichten nicht identisch sein. Nach der hysterischen, hypernationalen Krise, wie sie unter der Hitlerzeit bestand, hielt Deutschland mit der großzügigen Idee eines supranationalen Europa, die es vor den schlummernden Versuchungen eines Pangermanismus bewahren würde, auf dem internationalen Schau-

platz seinen Einzug. Da zum Leben ein Glaube notwendig ist, zumal wenn es sich darum handelt, ein Volk wieder aufleben zu lassen – von dem mir ein Bürger vor einigen Jahren sagte: »Wir haben unsere Geschichte verloren« –, schlugen die Parteiführer des deutschen Volkes ihm den Gedanken an ein gemeinsames Europa vor. Nach Auffassung eines Realisten wie Konrad Adenauer konnte eine solche Konzeption zunächst nur ideologischen Wert besitzen. Denn es war sicher, daß im Augenblick, wo es nicht mehr um Ideen geben würde, sowie um positive Tatsachen des alltäglichen wirtschaftlichen Lebens, sowie außerdem um nationale Leidenschaften und Gefühle, der Gedanke eines supranationalen Europas sehr schnell als äußerst verfrüht erscheinen mußte.

Aber Deutschland war nicht nur durch seine gestrigen Dämonen gehemmt. Es litt auch, und leidet noch, unter seiner Teilung und der sich hieraus ergebenden Lage für Außenpolitik und Verteidigung. Da Rußland mit Recht der augenblickliche Zustand in Deutschland zugeschrieben wird, weil es auf seinem Willen beharrt, in Ostdeutschland einen Satellitenstaat aufrechtzuerhalten, hat sich die Bundesregierung von Anfang an der amerikanischen Macht anvertraut, um sich deren Hilfe zu sichern. Mit den Berliner Krisen wurde sie in dieser Position verankert. Selbst als hierbei die drei westlichen Alliierten ihre Solidarität gleichartig unerschütterlich bekundeten, so blieb es darum nicht weniger dabei, daß für Deutschland vor allem die Anwesenheit der Vereinigten Staaten zählte. (...)

Frankreich hatte nicht die gleichen Gründe wie Deutschland. Es brauchte weder in der europäischen Idee ein Alibi für seinen Nationalismus zu suchen noch seine Verteidigung ausschließlich dem starken amerikanischen Partner in die Hände zu spielen. Deshalb vermochte seine Annäherung an Europa von Anfang an realistischer zu sein. Obwohl die Einheit Europas äußerst wünschenswert ist, damit eine Zivilisation weiterleben kann und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Völker des Kontinents garantiert wird, läßt sich dieses Europa nur schrittweise gestalten. Die Nationen müssen einander näher gebracht wer-

den, ohne daß versucht wird, sie zu beseitigen. Man sollte auch nicht versuchen, künstliche Institutionen zu schmieden, sondern nach und nach zu einer gemeinsamen politischen Mentalität und zu übereinstimmenden Gedankengängen zu gelangen. (...)

Es ist vor allem wichtig, daß sich zwischen den zu Europa gehörenden Staaten die Zusammenarbeit nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern auch auf Außenpolitik und Verteidigung übergreift, damit man zu einer gemeinschaftlichen und unabhängigen Regelung der internationalen Angelegenheiten und der europäischen Verteidigung gelangt.

### Der deutsch-französische Vertrag

Dann wurde mit dem deutsch-französischen Vertrag ein Vorbild geliefert, wie eine derartige Kooperation dieser Art aussehen könnte, wobei das Beispiel noch im Augenblick auf zwei Staaten begrenzt ist, aber doch als Leitmotiv für eine europäische Zusammenarbeit zu dienen vermag.

Die Vorbehalte des Bundestages gegenüber dem Vertrag im Augenblick seiner Ratifizierung und das Verhalten der Bundesregierung nach der Adenauer-Ära ließen darauf schließen, daß er seine Substanz verloren hatte. Seit über einem Jahr fand er jetzt seinen ursprünglichen Charakter wieder. Nach und nach konsultieren sich die beiden Länder systematisch über alle europäischen Angelegenheiten und gelangen zu der Einsicht, daß das gegenseitige Verstehen notwendig ist, um eine gemeinsame Ansicht bei schwierigen Fragen zu vertreten.

Die französische Entspannungspolitik mit den Ostblockstaaten, die als Weg für die Lösung des deutschen Problems gilt, wird von der Bundesregierung nicht mehr als eine Bedrohung ihrer Interessen aufgefaßt. Deutschland arbeitet im Gegenteil in der gleichen Richtung und stützt sich oft auf Frankreich, um das in diesen Ländern ihm noch entgegengebrachte Mißtrauen aus der Welt zu schaffen. Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten und die Existenz eines unabhängigen Eu-

ropa, das seine eigene Politik verfolgt und seine eigenen Probleme selbst löst, ist für die Deutschen nicht mehr unvertretbar. In der Brüsseler Gemeinschaft sind sich Frankreich und Deutschland trotz ihrer verschiedenartigen Wirtschaftsstruktur und gegenseitiger Konkurrenz darin einig, die Allianz zu fördern und die wirtschaftlichen Ziele des Vertrages von Rom zu verfolgen. (...)

### Europäische Übereinstimmung?

Also nach und nach, und von anfänglich sehr verschiedenartigen Auffassungen ausgehend, kommen Frankreich und Deutschland dazu, sich eine gemeinsame Idee des Europas von morgen zu schmieden: wirtschaftliches Europa der Sechs als große Gemeinschaft mit freiem Kapital-, Waren- und Personenverkehr; Erweiterung dieses Europas, sofern hierdurch nicht der Zusammenhalt der augenblicklichen Gemeinschaft infrage gestellt wird, Unabhängigkeit Westeuropas gegenüber den Vereinigten Staaten unter Aufrechterhaltung der Freundschaft mit ihnen; Entspannung mit Osteuropa und Suche nach einer Lösung für das deutsche Problem durch eine Wiedervereinigung in Übereinstimmung aller interessierten Mächte.

Es bestehen allerdings noch Meinungsverschiedenheiten über die Taktik. (...) Aber die Entwicklung scheint trotzdem unwiderruflich zu sein. Wenn einmal das durch die englische Krise hervorgerufene Trauma überwunden ist, müßte es die Aufgabe der beiden Partner sein (...), die Frage der politischen europäischen Kooperation zur Sprache zu bringen. (...)

Michel Habib-Deloncle

## Deutschland

Von den Möglichkeiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europa-Politik zu sprechen, heißt vorab die Grenzen zu erkennen, die ihr gesetzt sind. Noch ehe die Widerstände ins Blickfeld rücken, die von Dritten ausgehen, tauchen die Hindernisse auf, die sich aus den unterschiedlichen Vorstellungen von Bonn und Paris

ergeben. Die Schwierigkeiten in der britischen Beitrittsfrage sind nur ein Symptom dafür, daß das Frankreich de Gaulles vornehmlich kontinentaleuropäisch denkt. Demgegenüber ist die deutsche Politik davon ausgegangen, die europäische Politik in den größeren Rahmen der atlantischen Partnerschaft zu stellen. Aktenkundig ist das geworden, als der Bundestag dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag die atlantische Präambel voranstellte.

Die Gegensätze wiegen umso schwerer, als man am Rhein und an der Seine gute Gründe für die unterschiedliche Einstellung ins Feld führen kann. Für de Gaulle ist die Herauslösung Westeuropas aus der amerikanischen Hegemonie die Voraussetzung für die Entlassung Osteuropas aus der Unterwerfung unter die Sowjetunion. Dahinter dämmern für ihn die Konturen jenes Mitteleuropas, das erst dann wieder zu sich selbst zurückfinden kann, wenn die in Jalta begründete Vormachtstellung der beiden Großen über jeweils einen Teil des Kontinents abgebaut ist. Wenn andererseits die deutsche Politik die engen Bindungen an die USA aufrechterhalten will, dann steht dahinter nicht nur das akute militärische Sicherheitsbedürfnis. Zumindest unterschwellig spielen auch die Erfahrungen aus den Niederlagen in zwei Weltkriegen eine Rolle, die wesentlich auf die Vernachlässigung der atlantischen Komponente zurückzuführen waren. (...)

Aber die Politik erschöpft sich nicht in theoretischer Spekulation. Sie unterliegt ebenso sehr der normativen Kraft der Fakten, die sich nicht selten als ein großer Korrektor erweist. Im konkreten Fall wirken sowohl die Erosion der Blöcke als auch die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit dahin, daß der Alte Kontinent in die Eigenverantwortung zurückversetzt wird. (...) Wenn Bundeskanzler Kiesinger Anfang Mai in einem Interview mit *Paris Match* einem mit eigener Autorität ausgestatteten Europa das Wort redete, dann deutet sich darin eine Überprüfung der ursprünglichen deutschen Konzeption an, die durch den Gang der Ereignisse erzwungen worden ist. Dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit, nach den Worten des Bundeskanzlers »der

Grundstein der europäischen Einheit«, eine entscheidende Bedeutung zu.

### Nicht nur Grossbritannien

Der Blick dafür wird eingeengt, wenn er sich ausschließlich auf den umstrittenen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt richtet. Hier können nach Lage der Dinge nur pragmatische Lösungen vermitteln zwischen dem französischen Nahziel, das Erreichte in kontinentaler Begrenzung auszubauen, und der deutschen Sorge, daß das schlecht verhohlene Veto aus Paris bei den übrigen EWG-Partnern Trotzreaktionen heraufbeschwören könnte, die den inneren Ausbau der Gemeinschaft verhindern würden. Doch auch hierbei übt der Zwang der Fakten eine heilsame Wirkung aus. (...) Eine Verständigung zwischen Paris und Bonn sollte im Bereich des Praktischen umso mehr möglich sein, als die auch in Bonn sehr ernst genommene Gefahr, das Erreichte aufs Spiel zu setzen, und die Chance, durch eine überzeugende Politik auf der mittleren Linie auch die vier übrigen Partner zu verpflichten, einander die Waage halten. Bei alledem braucht die Bundesrepublik die von ihr gewünschte Erweiterung der Gemeinschaft nicht aufzugeben, zumal da dies mit den Tendenzen der Zeit zu größeren regionalen Zusammenschlüssen in Einklang steht. (...)

Die Frage des britischen Beitritts ist es auch, die aufs neue die Bedeutung der finanzpolitischen, wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit innerhalb Europas, näherhin und zunächst zwischen Deutschland und Frankreich, ins Bewußtsein rückt. Die praktische Übereinstimmung, die beide Länder ungeachtet einer grundsätzlich unterschiedlichen monetären Politik bei der Konferenz von Rio erzielt haben, und die Gründung eines deutsch-französischen Ausschusses für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit zeigen an, welche Möglichkeiten für eine gemeinsame Währungs-, Investitions- und Konjunkturpolitik bislang ungenutzt geblieben sind. Es genügt, an die Schlagworte von der »technologischen Lücke Europas« und von der »amerikanischen Herausforderung« zu erinnern, um eine Vorstellung davon zu erhalten, welcher

Anfang damit gemacht worden ist. Bei der Formulierung und Verwirklichung einer europäischen Politik kommt es Frankreich und Deutschland als den Kernländern im westlichen Teil des Kontinents zu, Schrittmacher auf dem Weg zu der politischen Union zu sein, die über die noch vorgegebene geographische Begrenzung hinausweist. Die deutsch-französische Aussöhnung gibt dabei den Modellfall für die Aufgabe ab, vor die sich Deutschland im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn gestellt sieht.

In welcher Form auch immer das Europa der Zukunft Gestalt annehmen wird, es kann nur Wirklichkeit werden, wenn es Frankreich und Deutschland gelingt, den Auflockerungsprozeß im östlichen Europa auf eine Friedensordnung hin zu orientieren, die für alle annehmbar ist. Unlösbar damit verbunden ist die Regelung der deutschen Frage. Ihr Preis wird der Verzicht auf die Wiederherstellung eines geschlossenen Nationalstaates von 80 Millionen Menschen und die endgültige Absage an jede atomare Rüstung sein. Ihre Voraussetzung aber ist die europäische Friedensordnung, die Frankreich als die eigentliche Garantiemacht im Westen des Kontinents einsetzt. Der französische Staatschef läßt sich nicht vordergründig in die Rolle eines Vorkämpfers für die Wiedervereinigung Deutschlands versetzen, schon gar nicht, wenn dabei an die Auferstehung des Bismarck-Reiches gedacht wird. Aber unter den befreundeten Staatsmännern ist de Gaulle der einzige, der einen historischen Sinn dafür hat, daß die deutsche Frage gelöst werden muß, soll sie nicht tragisch neues Unheil gebären.

Bleibt die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Gewiß bringen die Überprüfung der französischen Militärdoktrin in Richtung auf eine Rundum-Verteidigung und das strategische Gefälle zwischen einer Atommacht und einem auf Dauer nuklear nicht gerüsteten Land eine schwerwiegende Ungleichheit mit sich. Und gewiß kann und will Frankreich Deutschland keinen Ersatz für die amerikanische Schutzgarantie bieten. Aber ebenso gewiß wird die militärische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris an Bedeutung gewinnen, je mehr

sich das amerikanische Engagement von Europa löst. Mehr noch: auf lange Sicht wird die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, gerade was die politischen Ausstrahlungen angeht, ihren Charakter ändern und zu einer Garantie für deutsches Wohlergehen gegenüber dem Osten werden. (...) Alles das setzt Kühnheit des Denkens und Härte des Willens voraus bei den Europäern – das heißt für Westeuropa vor allem bei Franzosen und Deutschen.

Franz-Josef Neuß

## Amerika

### Frankreich

Auf den deutsch-französischen Treffen, die im Rahmen des Freundschaftsvertrages von 1963 stattfanden, war immer ein dritter, stiller Gesprächspartner dabei: die Vereinigten Staaten. Man wird deshalb nicht an der recht deprimierenden Feststellung vorbeikommen, daß trotz des von Bundeskanzler Kiesinger beschlossenen Wandels der Taktik der grundlegende Gegensatz Paris-Bonn über die Rolle der Vereinigten Staaten im Westen und über den Atlantikpakt bestehen blieb, ebenso wie über die Tragweite ihrer beiderseitigen welpolitischen Mission.

Da niemand bestreiten wird, daß die Aussöhnung der Standpunkte sowohl für die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen wie für das europäische Einigungswerk von entscheidender Bedeutung ist, muß man sich die Frage vorlegen, ob auf mittlere Sicht hin die deutschen und französischen Vorstellungen über den Platz, der der führenden westlichen und größten Weltmacht auf der europäischen und internationalen Szene zukommt, einander angenähert werden können. Das Thema kann hier nicht erschöpfend behandelt werden, doch will ich versuchen, einige Wege aufzuzeigen, auf denen eine solche Annäherung von Paris und Bonn in den nächsten fünf oder zehn Jahren erfolgen könnte.

Die Bundesrepublik betrachtet die Vereinigten Staaten weiterhin und ganz selbstverständlich als die westliche Vormacht, auch wenn man sich

nicht immer mit allen Schritten der amerikanischen Politik, wie beispielsweise mit dem Entwurf des Atomwaffensperrvertrages, einverstanden erklärt.

Die gegenwärtige französische Regierung stellt dagegen diese Führungsrolle der USA in Frage, und sie wird hierbei – von Nuancen abgesehen – von allen Parteien des Landes gebilligt. Es dürfte sich deshalb um eine der Konstanten einer langfristigen Pariser Außenpolitik handeln. Dennoch aber wird sich wohl der deutsch-französische Gegensatz in diesem Punkte in absehbarer Zeit überbrücken lassen, falls es gelingt, sich darauf zu einigen, daß eine europäische Union im Gefüge des westlichen Lagers ein echter Gesprächspartner sowohl der Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion und Chinas sein muß. (...)

Die Fehlschläge der Amerikaner in Vietnam bringen durchaus die Gefahr eines neuen Isolationismus in den Vereinigten Staaten mit sich, der im Gegensatz zur Politik der Vorkriegszeit nicht mehr den Rückzug auf die eigenen Positionen bedeuten würde, sondern eine Art russisch-amerikanischen Kondominiums zwecks Wahrung eines Mindestmaßes internationaler Ordnung in der Welt anstreben dürfte. Der Atomsperrvertrag stellt in dieser Hinsicht einen ersten Schritt zur »Wahrung der Nuklearordnung« dar. Er tendiert auf eine Verfestigung der bestehenden Grenzen und des heute gegebenen Verhältnisses der machtpolitischen Ungleichheit hin.

Eine derartige Konzeption der internationalen Beziehungen, durch zwei große Machtzentren gekennzeichnet, die sich über das in der Einigung begriffene Europa hinwegsetzen, erscheint mir auf längere Sicht hin weder für Frankreich noch für Deutschland annehmbar zu sein, denn beide Länder sind schon deshalb auf ein bewegliches außenpolitisches Vorgehen angewiesen, weil sie ein Interesse daran haben, die aus den Abkommen von Jalta und Potsdam hervorgegangene Landkarte Europas zu ändern.

Sollte die Entspannung anhalten, so wird man demnach wohl annehmen können, daß Deutschland und Frankreich bereit wären, einen gewissen

Preis für den Zerfall des östlichen Blocks zu zahlen, einen Preis, der nicht in der Auflösung des Westblocks bestehen würde, denn das kann auch Frankreich nicht akzeptieren, sondern in einer Neuverteilung der Gewichte im Westen, einem größeren Anteil Westeuropas an der Wahrung seiner Sicherheit und einer Verringerung der Rolle der Vereinigten Staaten im Bündnis, was überdies durchaus den Wünschen der Amerikaner selbst entspräche.

### Atlantische Glaubwürdigkeit

Entspannung und europäische Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Die Vereinigten Staaten neigen auf Grund der Beruhigung in Europa und ganz ungeachtet ihrer anderen weltpolitischen Verpflichtungen dazu, ihre atlantischen Verpflichtungen einzuschränken. (...)

Angesichts des Umstandes, daß mit der Einführung der abgestuften Vergeltung die Glaubwürdigkeit des Atlantikpaktes, das heißt die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa, in den Augen der Sowjets gesunken ist, dürften sich die deutschen und die französischen Konzeptionen in Zukunft insofern annähern, als es darum gehen wird, die Rolle der Amerikaner und der Europäer im Bündnis im Sinne einer größeren europäischen Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit neu zu bestimmen. (...) Die Franzosen und die Deutschen werden sich unter diesen Umständen gezwungen sehen, gemeinsam mit ihren europäischen Partnern Schritte zu ergreifen, die sich mit dem Entspannungsprozeß vereinbaren lassen und darauf abzielen, die Nukleargarantie der USA für Europa wieder glaubhaft zu machen, indem den Europäern eine Auslöserfunktion für den strategischen, durch Amerika gewährleisteten Nuklearschutz übertragen wird. Es müßte sich hier um politische (zwei Konsultationszentren innerhalb der NATO) wie um militärische Maßnahmen (Europäisierung der kleinen unabhängigen französischen und britischen Abschreckungsarsenale) handeln.

Frankreich und Deutschland werden meiner Ansicht nach gegenüber den Vereinigten Staaten

in Zukunft immer stärker zu einer gemeinsamen Auffassung in den Fragen der Entspannung und der Sicherheit gelangen. Sie sind sich außerdem bereits heute darin einig, der Europäischen Gemeinschaft eine eigenständige und besondere Rolle zuzugestehen, die sich vor allem im Hinblick auf die Länder der »Dritten Welt« von derjenigen der Vereinigten Staaten abhebt. Deutschland findet hier nicht zuletzt ein Betätigungsfeld in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, während Frankreich sich darüber hinaus gefühlsmäßig gebunden fühlt und sich der kulturellen »Ausstrahlung« zuwendet. Die Entwicklungsländer begrüßen ihrerseits und gegenüber einem überall gegenwärtigen amerikanischen Riesen das Vorhandensein eines europäischen Gesprächspartners, der sie nicht daran hindern würde, eine neutrale Außenpolitik zu verfolgen.

Paul Borcier

### Deutschland

Die Zauberformel für eine deutsch-französische Außenpolitik lautet: »Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Handlung zu gelangen.« Als der deutsch-französische Vertrag mit dieser Klausel in Kraft trat, glaubten Optimisten in Bonn und Paris, daß die Deutschen und die Franzosen künftig in verschiedenen Sprachen die gleiche Politik treiben würden. Diese Hoffnung war trügerisch. (...) Der fehlende Akkord zwischen der Bundesrepublik und Frankreich erwies sich vor allem in den Beziehungen beider Länder zu den Vereinigten Staaten als ein Handikap. Die Schwierigkeiten begannen bereits beim Beziehen einer Ausgangsbasis. In Paris herrschte die Meinung vor, daß die Bundesrepublik und Frankreich allein europäische Interessen gelten lassen und deshalb eine gemeinsame Außenpolitik auch gegen die Vereinigten Staaten konzipieren sollten. In Bonn suchte die Bundesregierung unter Ludwig Erhard alle Differenzen mit Washington zu vermeiden. Jede Harmonie mit Paris war willkommen – solange das atlantische Konzept nicht gestört wurde. Unter Bundeskanzler Kiesinger schwang das Pendel stärker zur

Seite der französischen Regierung. Dennoch muß auch die heutige deutsche Außenpolitik versuchen, den Balanceakt mit Washington auf der einen Seite und Paris auf der anderen durchzuhalten. Die exponierte Lage von Berlin läßt keine andere Wahl. (...)

Die Zusammenarbeit, welche die Deutschen jahrelang den Amerikanern angeboten haben, überforderte die Freundschaft zwischen Bonn und Washington. Die abgründige Skepsis der Franzosen gegenüber den Amerikanern vergiftete das europäisch-amerikanische Klima. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann nur die deutsch-französische Besinnung auf ein »europäisches Europa« bringen, das allen atlantischen Partnern besonders aufgeschlossen ist.

Partnerschaft verlangt Gleichwertigkeit. Zbigniew Brzezinski hat kürzlich in einem Essay *The Framework of East-West Reconciliation* das fehlende Gleichgewicht im Westen als eine der Ursachen für die Erosion des nordatlantischen Bündnisses genannt. Er beschrieb das atlantische Konzept als den Versuch der Vereinigten Staaten, bei eigener Vorherrschaft in Westeuropa den Status quo in Europa aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten. Hier liegt der Ausgangspunkt für eine koordinierte deutsch-französische Außenpolitik. Sie muß grundsätzlich versuchen, in enger Kooperation mit den EWG-Staaten, das permanente Ungleichgewicht im Westen zu ändern. Dies erfordert viel mehr als bisher eine offensive Politik in Bonn und Paris. Sie hat vom gemeinsamen Sicherheits-Interesse auszugehen und muß sich sowohl auf eine Revision der NATO – in Richtung ihrer amerikanisch-europäischen Polarität – als auch auf künftige Abrüstungsmodalitäten einstellen.

Bei diesen Überlegungen drängen sich die Sorgen über eine desintegrierende Wirkung des Atomsperrvertrags in den Vordergrund. Das Versäumnis der fehlenden Übereinstimmung zwischen Paris und Bonn über diesen Vertrag ist bis heute noch nicht erkannt. Die französische Regierung geht als Atommacht einen Sonderweg. Sie setzt sich dadurch über die deutschen Sorgen hinweg und überläßt die Bundesrepublik der Gefahr,

mit falschen Argumenten in die Ecke manövriert zu werden. Das amerikanische Drängen zur deutschen Unterschrift ist ein Resultat der Bemühungen Washingtons, den begonnenen Dialog der zwei nuklearen Weltmächte fortzusetzen und zu vertiefen. Eine deutsch-französische Außenpolitik, die diesen Namen verdient, hätte von Anfang an die gemeinsamen Bedenken herausstellen und sie zu einem Politikum machen müssen. (...)

Theo M. Loch

## Osten Frankreich

Im Lauf der letzten Jahre sind drei Elemente aufgetreten, die neue Möglichkeiten für eine gemeinsame europäische Ostpolitik eröffnen. Einmal hat die relative Entspannung seit dem Tode Stalins fortschreitend dazu geführt, die Beziehungen mit dem Osten zu verändern. An die Stelle des Kalten Krieges ist die friedliche Koexistenz, das heißt der friedliche Wettbewerb auf dem Felde der Ideen und der Wirtschaft getreten. Wie wenig gefestigt diese Entspannung indessen noch ist, zeigte sich jetzt im Berlin-Verkehr. Der chinesisch-sowjetische Konflikt fördert zwar die Annäherung der Sowjetunion an die Vereinigten Staaten, doch andererseits bleiben mit der Fortdauer des Vietnam-Krieges Spannungselemente bestehen, die im Falle eines Fehlschlages der gegenwärtigen Verhandlungen zu einer neuen internationalen Krise führen könnten.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion scheinen aber – wie sich unter anderem aus dem Abschluß des Atomwaffensperrvertrages ergibt – in grundsätzlichem Einvernehmen das Wettrüsten bremsen und zumindest in Europa die Lage stabilisieren zu wollen. (...)

Zum zweiten ist auch im Verhältnis der osteuropäischen Länder zur Sowjetunion ein Wandel eingetreten. Die Parallelbewegung einer größeren nationalen Eigenständigkeit und einer Liberalisierung im Innern machte vor allem in letzter Zeit in der Tschechoslowakei Fortschritte und scheint den Zusammenhalt des heute noch so genannten

»Sowjetblocks« ernsthaft in Frage zu stellen. Niemand vermag vorauszusagen, in welchen Bahnen sich diese Entwicklung, die von den Sowjets wie auch von einigen Regierungschefs offensichtlich gebremst wird, vollzieht. Gerade in der Tschechoslowakei scheint indessen bereits ein Punkt erreicht zu sein, von dem es kaum noch ein Zurück gibt. Die östlichen Länder werden sich immer stärker ihrer Zugehörigkeit zu Europa bewußt und wünschen an der Einheitsbewegung im Maßstab des Kontinents teilzuhaben. Der dritte grundlegende Faktor des neuen Ost-West-Verhältnisses, der die Gegebenheiten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges verändert, ist die Schaffung und Festigung der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs. Das Europa des Gemeinsamen Marktes wurde damit zu einem echten Anziehungspol, und trotz aller Schwierigkeiten, die die EWG erlebte und noch erleben wird, erwies sie sich als das erfolgreiche Mittel zur schnellen Hebung des Lebensstandards in allen Partnerländern, zum verstärkten Handelsaustausch und zur Festigung der Industrie- und Agrarstrukturen. Die osteuropäischen Diplomaten werden in Zukunft nicht mehr, wie sie dies bisher getan haben, den Gemeinsamen Markt offiziell einfach nicht zur Kenntnis nehmen können. Trotz der Angriffe der kommunistischen Propaganda gegen das sogenannte »Europa der Trusts und der Monopole« sind sich die Wirtschaftler und die Verantwortlichen in den östlichen Ländern sehr wohl darüber im Klaren, daß der Gemeinsame Markt zu einer Realität geworden ist und es in ihrem eigenen Interesse liegt, ihre Beziehungen mit der Gemeinschaft auszubauen, wenn nicht sogar sich mit ihr zu assoziieren.

In diesem neuen Licht muß auch die von Frankreich und Deutschland verfolgte Ostpolitik gesehen werden. (...)

### Weitgehende Übereinstimmung

Auch die von Willy Brandt mit Einverständnis von Bundeskanzler Kiesinger geführte Ostpolitik strebt eine Entspannung und eine Normalisierung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern an. Gleichzeitig betonte man in der Bundes-

republik, man würde sich nicht auf Kosten der westlichen Solidarität mit dem Osten im Alleingang zu einigen suchen. Wenngleich den von Bonn unternommenen Bemühungen auch nur bescheidene Erfolge beschieden waren, so kommt es hier doch auf die Feststellung an, daß sich statt eines Gegensatzes eine Annäherung der Standpunkte verzeichnen läßt.

Die deutschen und die französischen Vorstellungen sind sich in einem besonderen Punkte einander näher gekommen: in Paris wie in Bonn sieht man in der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr die Voraussetzung für die Entspannung, sondern vielmehr das Ergebnis und den Abschluß dieses Entspannungsprozesses. Beide Hauptstädte stoßen mit dieser neuen Politik auf das gleiche Hindernis, nämlich die beharrliche Forderung Ulbrichts nach der Anerkennung Ostdeutschlands, eine Forderung, die sowohl die französische wie die deutsche Regierung mit Recht ablehnt.

Unter diesen Umständen steht offenbar der Ausarbeitung einer gemeinsamen Ostpolitik Deutschlands und Frankreichs nichts mehr entgegen. Es gilt allerdings die Voraussetzungen für eine solche Politik noch zu klären.

Der Rückzug Frankreichs aus der NATO und die Anfechtung des atlantischen Bündnisses durch das gaullistische Regime haben zu einer gewissen Begriffsverwirrung und jenseits des Rheines zu berechtigten Befürchtungen Anlaß gegeben. So ist des öfteren der Eindruck entstanden, General de Gaulle erwäge eine Lösung der europäischen Gesamtprobleme auf dem Wege von Absprachen der europäischen Länder unter Ausschluß der vereinigten Staaten wie der Sowjetunion. (...)

### Notwendige Vorsicht

Von diesem Standpunkt aus fallen die Unterschiede von Atlantikpakt und Warschauer Pakt ganz erheblich ins Gewicht. Es wäre ein trügerisches Unternehmen, wollte man den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes von der vorherigen und gleichzeitigen Auflösung dieser beiden

Bündnisse abhängig machen. Mit dem Aufgeben der NATO würden alle Verteidigungsbande zwischen den Mitgliedern und insbesondere die entscheidende Verbindung mit Nordamerika zerrissen, während der Verzicht auf den Warschauer Pakt den militärischen Griff der UdSSR auf die anderen Mitgliedsländer keineswegs zu lockern brauchte, denn die osteuropäischen Staaten wären dann immer noch durch zweiseitige Abkommen an die Sowjetunion gebunden.

Im Falle eines Abbaues der beiden Bündnisysteme könnte die Sowjetunion ihre gegenwärtigen Streitkräfte beibehalten. Die europäischen NATO-Länder sähen sich dagegen im Falle eines Abzuges der in Europa stationierten amerikanischen und kanadischen Truppen durch den Atlantik von ihren Verbündeten getrennt und gerieten gegenüber Osteuropa militärisch und politisch in eine ungünstige Lage. Für die Zukunft läßt sich ein Strukturwandel der beiden Bündnisse mit einer stärkeren Autonomie ihrer europäischen Bestandteile und einer vertraglichen Beschränkung der Rüstungen in Ost- wie in Westeuropa vorstellen. Derartige Verhandlungen sind jedoch nur unter der Teilnahme sowie der doppelten Garantie der Vereinigten Staaten und der UdSSR denkbar. Auf keinen Fall aber darf man die Entspannung und die Zusammenarbeit von Ost- und Westeuropa auf dem Wege einer Neutralisierung des Kontinents anstreben. (...)

Eine zweite, sehr wichtige Vorbedingung ist es, die Verstärkung der Kontakte mit dem Osten nicht auf Kosten einer Schwächung der westeuropäischen Bande anzustreben. Auf sehr lange Sicht hin wird man die Einigung des gesamten europäischen Kontinents als Ziel anvisieren können. Das Europa vom Atlantik bis zum Ural müßte jedoch ein gefährlicher Mythos bleiben, wenn es den Verzicht auf die wirtschaftliche und die politische Integration bedeutete, die vor zehn Jahren dank der Europäischen Gemeinschaften begonnen worden ist. (...) Dazu kommt, daß ein Westeuropa, das auf seine eigenen Strukturen verzichtete, seine Anziehungs- und Ausstrahlungskraft in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht, also letzten Endes auch seine beste Möglich-

keit verlieren müßte, Impulse für die Orientierung der östlichen Länder zu geben. Allein ein Europa mit bundesstaatlichen Strukturen wird auf die Dauer den institutionellen und politischen Rahmen für ein wiedervereinigtes Deutschland abgeben können. (...)

In diesen beiden Punkten – der Erhaltung eines erneuerten atlantischen Bündnisses und der Verwirklichung eines föderativen Europa – scheint mir die gaullistische Politik mit ihrer antiamerikanischen Einstellung und ihrem eingefleischten Nationalismus den Erfordernissen der »Entspannung, des Einvernehmens und der Zusammenarbeit«, die sie auf dem gesamten europäischen Kontinent anstrebt, zuwiderzulaufen. Ich hoffe, daß in diesen beiden Punkten die Bundesregierung alles daran setzt, um Paris zu einer realistischeren und konstruktiveren Politik zu bewegen. (...)

Pierre Abelin

## Deutschland

(...) Die Entwicklung guter Beziehungen mit den Staaten Osteuropas kann kein Selbstzweck sein. Wenn man ihr Priorität in der außenpolitischen Aktivität oder überhaupt eine bedeutsame Rolle zuweisen will, muß man wissen, daß man dafür auch Opfer bringt. Denn unvermeidlich führt eine größere Intensität der Ostpolitik zu nachlassender Intensität der Westpolitik und der Bemühungen um wachsende militärische Solidarität der westlichen Staaten. Eine Konzentration auf die Ostpolitik hätte also sowohl ein Nachlassen der militärischen Bedrohung wie politische Belohnungen in Aussicht zu stellen. Es wäre davon auszugehen, daß sich die sowjetische Bereitschaft zu friedlicher Koexistenz mit dem Westen verstärkt, daß sich die politischen Beziehungen zwischen den osteuropäischen und den ost-mitteleuropäischen Staaten zur Sowjetunion so weit lockern, daß sie eine halbwegs selbständige Politik zu verfolgen in der Lage wären. Ihre militärischen Verbindungen zur Sowjetunion müßten ferner so geändert werden, daß die Sowjetunion sie nicht einfach als Durch- und Aufmarschgebiet für eventuelle Aggressionen gegen den Westen benutzen

könnte. Und das System in der DDR müßte sich soweit in Richtung auf eine freiheitliche sozialistische Demokratie wandeln, daß es sich aus eigenen Kräften neben der neo-kapitalistischen Demokratie Westdeutschlands behaupten und daß der Zustand eines eingefrorenen Bürgerkrieges durch eine Politik des Brückenschlagens abgelöst zu werden vermöchte.

Die Befürworter einer gemeinsamen und verstärkten deutsch-französischen Aktivität in der Ostpolitik behaupten, alle diese Entwicklungen seien bereits im Gange. Sie verkünden, eine militärische Bedrohung durch die Sowjetunion bestünde nicht mehr, und sie verweisen auf den Verselbständigungs- und Demokratisierungsprozeß in der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Es soll nicht bestritten werden, daß die jüngsten Entwicklungen in diesen Ländern »Zwischeneuropas« zu einigen Hoffnungen Anlaß geben. Wenn es etwa in Prag gelänge, Demokratie im westlichen Sinne, das heißt zumindest Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit, mit einem Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen, der in den Augen der übrigen Ostblockstaaten und vor allem der Sowjetunion noch Sozialismus ist, dann könnte eine Entwicklung von unabsehbarer Tragweite ins Rollen kommen.

Die Frage ist, ob solche Hoffnungen so solide sind, daß sie große politische Konstruktionen tragen können. Die Vorgänge in den erwähnten drei kommunistischen Ländern Osteuropas lassen sich nicht über einen Leisten schlagen. Das Streben nach größerer nationaler Selbständigkeit haben sie zwar alle gemeinsam. Aber Rumänien, das sich in außenpolitischer Hinsicht am offensten von der Sowjetunion distanziert hat, liegt in einem toten Winkel europäischer Politik, und seine außenpolitischen Seitensprünge bringt es in Übereinstimmung mit einer sehr straffen kommunistischen Führung im Innern. Die Russen können also fürs erste ihm gegenüber Toleranz üben. Die Jugoslawen experimentieren zwar mit Reformen innerhalb eines sozialistisch-kommunistischen Systems, schicken aber nach wie vor Kritiker des Systems ins Gefängnis. Sie sind nicht Mitglieder des Warschauer Paktes, aber befolgen in allen wichtigen

außenpolitischen Fragen die Moskauer Linie. Die Entwicklung in der Tschechoslowakei schließlich ist viel zu sehr im Fluß, als daß man sich schon ein festes Urteil darüber bilden könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das Ausmaß der Presse- und Meinungsfreiheit, das zunächst festzustellen war, auch von den Reformern in der Führungsgruppe der tschechischen KP nicht gewollt war. Und man kann davon ausgehen, daß sie selbst ebenso wie die Sowjets an einem gewissen Zurückrollen der Entwicklung interessiert sind. Es schien bezeichnend für die Möglichkeiten der Verselbständigung osteuropäischer Staaten zu sein, daß selbst in den berauschendsten Tagen des Prager Frühlings die Treuebekanntnisse der Führungsgruppe zur Sowjetunion, zum Warschauer Pakt und zum kommunistischen System einander jagten. Denn Prag ist, im Gegensatz zu Bukarest, eine Position von erstrangiger Bedeutung in Europa, und das setzt seinem Manövrierraum anscheinend von vornherein enge Grenzen. (...) Grundsätzlich wird man sagen müssen, daß eine umwälzende Veränderung im Weltbild der kommunistischen Führer in der Sowjetunion und in Osteuropa notwendig wäre, damit die Verwandlungen eintreten könnten, die der Lohn einer mit Vorrang bedachten deutsch-französischen Osteuropa-Politik sein müßten. Es ist aber im Gegenteil festzustellen, daß die Sowjetführer sich energisch um die Reinerhaltung der Ideologie bemühen, und daß sie in militärischer Hinsicht Vorbereitungen für eine Expansion treffen, die die Grenzen traditioneller russischer Interessengebiete vermutlich weit überschreiten soll.

## Zweifel

Die Bundesrepublik selbst wird trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer Entspannungspolitik mit propagandistischem Trommelfeuer einer Art zugedeckt, die man sehr wohl als psychologische Kriegsvorbereitung betrachten könnte. Insgesamt erweckt die sowjetische Europa-Politik nicht etwa den Eindruck, daß sie ein Desengagement von ihren vorgeschobenen Positionen im Auge haben könnte, sondern daß sie vielmehr umgekehrt die Absicht verfolgt, Westeuropa in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion zu bringen. Die

Hoffnung wäre sehr kühn, daß angesichts dieser sowjetischen Zielsetzung die führenden Schichten der kommunistischen Parteien in den für die Bundesrepublik wichtigsten Ländern des Ostblocks – in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und vor allem natürlich der DDR – auch nur die Möglichkeit hätten, einen bedeutungsvollen Grad politischer und militärischer Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu erringen. (...) Freiheit und ein sozialistisches System, das mehr oder weniger dem Moskauer Typ nachgebildet ist, scheinen miteinander nicht vereinbar zu sein, ob man nun den evolutionären oder den revolutionären Weg wählt. Dieses System verlangt die Unterwerfung des Individuums unter ein unidentifizierbares Staatsinteresse. Jeder Anflug wirklicher Demokratie und Freiheit gibt dem Individuum die Möglichkeit, seinen Protest dagegen zu äußern, wird zu Mehrparteien-Systemen führen – wobei der Weg zunächst über Fraktionsbildungen innerhalb der Staats-Partei laufen könnte – und schließlich die Kommunisten aus ihren beherrschenden Positionen verdrängen. Das aber wäre in kommunistischen Augen die Konterrevolution. (...) Diesen Weg werden sie, und sei es mit sowjetischer Hilfe, zu verbauen wissen. Für keinen Staat gilt das so sehr wie für die DDR. Eine Umwandlung der SED-Diktatur in eine Art sozialistischer Demokratie würde aller Voraussicht nach der Anfang vom Ende dieses Staates sein. Und wenn die These richtig ist, daß eine Demokratisierung in den slawischen Nachbarstaaten der DDR schließlich in die DDR hineinschlagen würde, dann wird die Sowjetunion aus eben diesem Grunde die Demokratisierung in diesen slawischen Nachbarstaaten in sehr, sehr engen Grenzen zu halten wissen.

### Geringe Gemeinsamkeit?

Die Chancen einer aktivierten und gemeinsamen deutsch-französischen Osteuropa-Politik scheinen also im Grunde recht gering zu sein, und man muß sich fragen, warum die Regierungen beider Staaten so viel davon reden. Im Falle der Bundesrepublik ist das verhältnismäßig leicht zu sagen. Die »neue Ostpolitik« ist mit der SPD in die Regierung gekommen. Man kann sie als den Anti-Adenauer-Komplex dieser ewigen Oppositions-

partei bezeichnen. Die Sozialdemokraten hatten, vermutlich zurecht, das Gefühl, daß der verstorbene Bundeskanzler in den frühen Jahren der Bundesrepublik Chancen im deutsch-russischen Verhältnis versäumt hat, die eine deutsche Wiedervereinigung in den Bereich des Möglichen hätten rücken können. Überdies hatten sie das starke Bedürfnis, sich außenpolitisch von der CDU abzuheben. (...)

Der französischen Osteuropa-Politik wird man so viel ehrliche Naivität vielleicht nicht nachsagen können. Der Verfasser hat den Verdacht, daß sie weniger von staatsmännischem Weitblick als von einer gehörigen Portion Machiavellismus geprägt sein könnte. Sie scheint auf jeden Fall das französische Problem zu lösen, einerseits mit Hilfe der Bundesrepublik eine Führungsrolle in Europa einzunehmen und andererseits mit Hilfe der Slawen die Deutschen einzudämmen. Den Deutschen kann sich de Gaulle mit seiner Osteuropa-Politik als der Mann präsentieren, der ihre eigenen Probleme zu lösen versucht. Den Slawen erscheint er durch seine verschiedenartigen Verbindungen mit den Deutschen einerseits größer, als er wirklich ist, und andererseits als ein Partner, der geeignet ist, die Deutschen im Zaum zu halten. (...)

Die gemeinsame Ostpolitik sollte infolgedessen im außenpolitischen Aufgabenkreis Frankreichs und der Bundesrepublik nur eine sekundäre Rolle spielen; absolute Priorität hätten auch heute noch alle Fragen zu genießen, die auf ein wirtschaftliches, militärisches und politisches Zusammenwachsen der Bundesrepublik und Frankreichs hinzielen. Wer die politischen Energien der beiden Völker auf die »gemeinsame Ostpolitik« hinzuleiten versucht, setzt sich dem Verdacht aus, daß er das deutsch-französische Zusammenwachsen gar nicht ernsthaft will.

Dieter Cycon

## Dritte Welt

### Frankreich

Aus zahlreichen Gründen verdienen die Möglichkeiten einer Ausdehnung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt unser Interesse. Der deutsch-französische Vertrag schafft zunächst eine politische Grundlage für ein derartiges Vorhaben, das zudem eine neue Gelegenheit bietet zur Gemeinschaftsarbeit. Ferner kann auf diese Weise das europäische Bewußtsein geweckt werden für diese dramatische Aufgabe bei gleichzeitiger Stärkung der Aktionseinheit auf unserem eigenen Kontinent.

Aber das Problem ist vor allem um seiner selbst willen wichtig. Nach sehr ernsthaften Schätzungen wird sich die Bevölkerung der Erde zwischen 1960 und dem Jahr 2000 verdoppeln. Somit werden zu diesem Zeitpunkt von fünf Menschen vier den unterentwickelten Ländern angehören. Dieser Bewohner der unterentwickelten Länder wird im Durchschnitt über 225 Dollar pro Jahr für seinen Lebensunterhalt verfügen. Der Europäer wird zu dieser Zeit ein Durchschnittseinkommen von 3 000 Dollar pro Jahr und der Amerikaner 4 700 Dollar pro Jahr besitzen. Diese Zahlen lassen die Tragweite der wirtschaftlichen, sozialen und hiermit auch politischen Spannungen ermessen, die aus solchen Mißverhältnissen entstehen werden.

Gewiß haben die entwickelten Länder dieses Problem wahrgenommen, und sie leiteten alle, je nach ihren Neigungen oder Möglichkeiten mit den unterentwickelten Ländern eine Politik der Kooperation auf technischer, kultureller und manchmal finanzieller Basis ein. Die erzielten Ergebnisse erwiesen sich, wie man weiß, als stark unterschiedlich, und es ist schwierig, über einige

von ihnen zur Zeit ein Urteil zu fällen; aber im großen und ganzen muß man feststellen, daß die bilaterale Hilfe zusammen mit der multilateralen der Vereinten Nationen nicht ausgereicht hat, das Problem zu meistern, denn die Kluft zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern ist heute breiter als vor zehn Jahren. Wenn wir also eines Tages eine sehr ernste Krise vermeiden wollen, müssen wir auf alle Fälle etwas mehr tun. Es wäre zwecklos, sich hierüber hinwegtäuschen zu wollen. Die Frage ist nur, welche Methoden anzuwenden sind. Die multilaterale Kooperation auf weltweiter Ebene ist sehr schwierig und kostspielig. In der Praxis würde sie übrigens zu einer amerikanischen Vorherrschaft führen und hiermit in der heutigen Welt unüberwindbare sprachliche sowie politische Probleme aufwerfen. Die bilaterale Zusammenarbeit ist der Versuchung ausgesetzt, die Kredite nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Sie läuft außerdem Gefahr, in der öffentlichen Meinung Probleme heraufzubeschwören und den Verdacht des Neokolonialismus aufkommen zu lassen. Die beiden Methoden haben also ihre Grenzen. Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß man darauf verzichten sollte, aber vielleicht wäre es möglich, andere Strukturen für die sich als notwendig erweisende umfangreichere Hilfe zu finden.

Daher der Gedanke, regionale Gremien zu schaffen, die sich nur mit einer Gruppe unterentwickelter Länder befassen und die zwei oder drei vorwiegend interessierte Industriestaaten gemeinsam mit dieser Gruppe an denselben Tisch bringen, damit das Gefühl einer gewissen gemeinschaftlichen Verantwortung entsteht für die Entwicklungsplanung und die Rationalisierung der Anstrengungen.

Eine deutsch-französische Zusammenarbeit könnte von dieser Konzeption ausgehen. Die bei-

den Länder wählen die unterentwickelten Gegenden der Nationen aus, für die sie sich gemeinsam interessieren. Diese würden gebeten, dem deutsch-französischen Entwicklungsbüro beizutreten, um eine Reihe genau definierter Arbeiten zu planen. Sobald die Wahl zwischen allen Beteiligten auf staatlicher Ebene festgelegt wäre, könnte das Büro die Rolle eines Vormundes für diese gemeinsam geplante Aktion übernehmen und mittels öffentlicher Gelder die vorgesehenen Unternehmen erstellen, private Investitionen genehmigen sowie garantieren. Eine derartige wirtschaftliche Autorität böte offensichtlich große Vorteile dank ihrer geschmeidigen Struktur, ihrer Wirksamkeit an Ort und Stelle und des Gemeinschaftsgeistes, den sie zwischen allen beteiligten Ländern hervorruft. Die Zusammenarbeit ist außerdem nicht nur eine Frage des Geldes, sie ist ebenfalls eine Frage von Menschen. Es ist in Wirklichkeit sehr schwierig, Ausgaben und Investitionen vorzunehmen, wenn man nicht über eine ausreichende Zahl von Fachkräften verfügt. Schon jetzt bleibt die Zahl der verfügbaren kleineren und mittleren Kader erheblich hinter dem Bedarf zurück.

Dieserhalb hat man in Frankreich, und ich glaube auch in Deutschland, einen Versuch unternommen, der ausgezeichnete Ergebnisse brachte, nämlich die Freiwilligenorganisation für den Fortschritt. Warum erwägt man nicht eine deutsch-französische Freiwilligenorganisation, die mit gemeinschaftlichen wirksamen Mitteln auszustatten wäre, um jungen Menschen beider Länder zu ermöglichen, zusammen einige Jahre im Busch oder auf Baustellen zu verbringen. Man würde ohne Zweifel ganz schnell zu einer europäischen Freiwilligenorganisation für die Entwicklung kommen, deren Seele und Vorläufer dann die deutsch-französische Organisation gewesen wäre. Schließlich müßte auf staatlicher Ebene eine gemeinschaftliche deutsch-französische Entwicklungs-

politik ins Auge gefaßt werden. Durch sie wäre es möglich, gleiche Positionen auf Konferenzen und im europäischen Parlament einzunehmen, z. B. um die Verlängerung der Konvention von Jaundé durchzusetzen. Auf diesem Wege ließen sich auch gemeinsam die Einzelheiten ausarbeiten für Vorzugstarife oder für privilegierte Importkontingente von Fertigwaren, nicht zuletzt um die EWG-Länder zu großzügigeren und weniger egoistischen Stellungnahmen als augenblicklich der Fall zu veranlassen.

Frankreich und Deutschland bilden zusammen den wesentlichen Bestandteil Westeuropas. Ihr gemeinschaftliches Handeln würde auf alle Fälle viel dazu beitragen, ganz allgemein das Bewußtsein zu wecken für eine Aufgabe, die in unserer Zeit zu den ernsthaftesten moralischen und politischen Verpflichtungen gehört. Nicht zuletzt könnte diese gemeinsame Aktion die Methoden und das Ausmaß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ebenso wie ihre Wirksamkeit erfrischend erneuern und fördern.

Ein umfangreiches Betätigungsfeld steht somit unseren beiden Nationen offen. Mögen sie es auch verstehen und entschlossen einen Weg einschlagen, der für unser Zeitalter der höchste Ausdruck menschlicher Solidarität ist.

Jean de Broglie

## Deutschland

Es sollte nicht allzu schwierig sein, eine gemeinsame deutsch-französische Politik oder wenigstens politische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt zu konzipieren. Eine Reihe positiver Voraussetzungen sind gegeben: in den internationalen Beziehungen von heute stehen Frankreich und Deutschland in fast gleicher Position. Das Gebiet

beider Staaten, ihre Bevölkerungszahl, ihre Wirtschaftskraft sind einander ähnlich. Infolgedessen verfügen beide Staaten über ein ungefähr gleiches Volumen von Macht. Ihre politische und gesellschaftliche Grundordnung ist, im Weltmaßstab betrachtet, die gleiche: liberale Demokratie, gemeinsam getragen von einem konservativen Bürgertum und einer revisionistisch organisierten Arbeiterschaft, auf der Grundlage grundsätzlich reformfähiger kapitalistischer Verhältnisse. Schließlich sind Frankreich und Deutschland seit Anfang der fünfziger Jahre Partner in den verschiedenen europäischen Gemeinschaften. (...)

Trotzdem kann, je weiter man sich von Europa entfernt, umso weniger von Zusammenarbeit oder gar einer gemeinsamen Politik die Rede sein. Oft fehlt in Deutschland jedes Verständnis für die französische Haltung, z. B. für die französischen Vorstellungen von der Zukunft Vietnams, oder für den französischen Appell an Lateinamerika, sich von nordamerikanischer Vormundschaft zu emanzipieren. In Afrika findet wenigstens eine praktische Zusammenarbeit dort statt, wo die Assoziierung von achtzehn Staaten an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dazu zwingt. Dieses harte Wort stellt keine Übertreibung dar, denn Deutschland scheint bisher die Assoziierung vornehmlich erduldet zu haben als ein politisches und finanzielles Opfer, das es seinem Freunde Frankreich bringt, anstatt sie als Chance für eine gemeinsame aktive Politik auszunützen. Woran liegt das? Die einfache Wahrheit lautet, daß Frankreich eine politische Konzeption für die Dritte Welt und für seine Beziehungen zur Dritten Welt besitzt, Deutschland aber nicht. Frankreich (und nicht erst de Gaulle, sondern schon die IV. Republik vor ihm) treibt Außenpolitik in Asien, Afrika und Lateinamerika. Vielleicht ist es eine falsche Außenpolitik, nämlich der Versuch einer Macht mittlerer Ordnung, sich als Großmacht zu gebärden. Vielleicht ist es eine neokoloniale Po-

litik, die hier und da versucht, alte Abhängigkeiten durch Einsatz neuer Mittel zu verewigen. Aber jedenfalls ist es Außenpolitik. Die Bundesrepublik dagegen treibt in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vornehmlich Deutschlandpolitik, d. b. nach ihrer eigenen Vorstellung Innenpolitik. Diese Länder interessieren Bonn, gewiß. Aber sie interessieren zunächst einmal als potentielle »Anerkener« der DDR, in zweiter Linie als Außenhandelspartner. Dieser Außenhandel ist wieder nicht Teil einer Außenpolitik, sondern dient bestenfalls der Erhaltung des innerdeutschen wirtschaftlichen und sozialen Wachstums. In dieser außenpolitischen Abstinenz der Bundesrepublik steckt eine löbliche moralische Haltung. Wir schämen uns einer Vergangenheit, in der Deutschland Weltherrschaftspläne entwarf und im Blut der Völker zu verwirklichen suchte. Wir müssen uns auch von unseren Historikern widerwillig sagen lassen, daß schon vor Hitler, nämlich vor und während des ersten Weltkrieges, das Deutsche Reich nach der »Weltmacht« griff. Unter dieses Kapitel deutscher Außenpolitik soll ein für allemal ein Schlußstrich gezogen sein. Das glauben uns zwar die kommunistischen Brüder in der DDR nicht, die in Südafrika, in Vietnam, Lateinamerika und wo immer es denkbar ist, den westdeutschen Imperialismus am Werk sehen. Sie täuschen sich. Die gesellschaftlich führenden Kräfte in der Bundesrepublik und alle bisherigen Bundesregierungen sind offensichtlich froh, außenpolitischer Verantwortung in der weiten Welt ledig zu sein. (...) Sie sind vollkommen einverstanden damit, daß die Bundesrepublik zumindest außerhalb Europas (oft möchte man meinen, auch in Europa selbst) auf eine aktive Außenpolitik jenseits der Handels- und der Hallsteinpolitik verzichtet. (...)

Was kann man tun? Die Bundesrepublik muß eine Außenpolitik für Afrika, Asien und Lateinamerika entwerfen. Es ist höchste Zeit, denn in Wirklichkeit vermag eine Macht mittlerer Größen-

ordnung nicht weltpolitische Abstinenz zu üben. Sie treibt dann doch Politik, nur eben negative und damit schlechte Politik. Insbesondere das Drängen auf die Hallstein-Doktrin erscheint in der Dritten Welt überall – Bonn kann sich drehen und wenden, wie es will, und seine Unschuld subjektiv noch so ehrlich beteuern – als Nötigung schwacher Staaten durch einen relativ starken Staat. Überlegung, Konzeption, eben positive Politik kann und muß an die Stelle des gegenwärtigen Vakuums treten, das mit Gefühlen (»Hilfe«, »Menschlichkeit« etc., aber auch »AfricaAddio«, »gelbe Gefahr« etc.) aufgeladen ist, wo einzelne Leute vielleicht eine Außenpolitik sehen. Frankreich kann seinerseits dem deutschen Partner entgegenkommen, indem es seine eigene Außenpolitik für die Dritte Welt ständig kritisch prüft und den Realitäten anpaßt. Wir deuteten vorhin schon an, daß diese französische Politik vielleicht, salopp gesagt, um einige Schuhnummern zu groß geraten ist. Obwohl es ständig im UN-Sicherheitsrat sitzt und sich eine Force de Frappe geschaffen hat, ist Frankreich den wahren Großmächten der Gegenwart nicht mehr ebenbürtig. (...) Eines geht bestimmt nicht: Frankreich darf sich nicht die Wirtschaftskraft der anderen Länder Europas, insbesondere Deutschlands, für eine Großmachtpolitik »borgen«, die dann doch national französische und nicht europäische Politik sein soll. Das gilt auch für die Politik in der Dritten Welt.

Der Verdacht des Neokolonialismus wiegt gegenüber diesen Bedenken leicht. Natürlich hält Frankreich und halten Franzosen dort, wo sie können, am Einfluß in den ehemaligen Kolonien fest. Aber gerade General de Gaulle, der von nationaler Unabhängigkeit eine so hohe Meinung hat, sorgte bisher dafür, daß Frankreich die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonien ernst nahm und ihren Regierungen freie Hand auch in der Wirtschafts- und Außenpolitik ließ, ohne die »Coopération« als Kandare zu benutzen. (...) In

der Tat sind diese Staaten, gerade auch konservativ-kapitalistisch orientierte wie die Elfenbeinküste, viel unabhängiger von Frankreich, als es mißtrauische Beobachter in der Bundesrepublik glauben.

Wenn es erst einmal eine deutsche Außenpolitik für die Dritte Welt gibt und wenn die französische Außenpolitik von dem hohen Pferd des Weltmacht-Prestige endgültig herabgestiegen sein wird und Frankreich sich fern er der letzten kolonialen sowie neokolonialen Zwänge entledigt haben wird, dann rückt die Zusammenarbeit in Asien, Afrika und Lateinamerika in den Bereich des Möglichen, allerdings nicht automatisch. Eine Fülle konkreter Probleme bleiben zu lösen. Man muß ähnliche Vorstellungen über die technische Seite der »Coopération« entwickeln: Kredite oder Geschenke? Liefer-, Projekt- oder/und Programmbindung? Bilaterale oder multilaterale Schwerpunkte? Man muß sich vordringlich um die Zukunft der Assoziierung afrikanischer Staaten an die EWG kümmern, und in Verbindung damit muß man gemeinsam zu den Forderungen Stellung nehmen, die der Block der armen Nationen (die »77«) in der UNCTAD an die Industrieländer richten. (...)

**Franz Ansprenger**

-